

Dringliche Anfrage

Hannover, den 21.02.2022

Fraktion der FDP

Welche Absichten verfolgt die Landesregierung aktuell beim Thema LNG?

Aktuellen Medienberichten zufolge will die Bundesrepublik „nach jahrzehntelangem Zögern“ in den Import von verflüssigtem Erdgas - kurz: LNG - einsteigen. Bundesminister Habeck wolle dadurch die Energieabhängigkeit von Russland mindern. Die Russland-Krise habe den Berichten zufolge binnen weniger Tage eine Entschlossenheit wachsen lassen, die bei diesem Thema über viele Jahrzehnte hinweg gefehlt habe. Vor allem im Nordwesten Deutschlands sei LNG plötzlich das „Topthema“. Auch Ministerpräsident Weil habe diesen Berichten zufolge seine Regierung „neu auf das Thema ausgerichtet“.

Bei einem Besuch in Mecklenburg-Vorpommern ließ sich Bundesminister Habeck wie folgt zitieren: „Dass Deutschland, die Bundesregierung, die öffentliche Hand im Grunde überhaupt keine Möglichkeiten hat, die Versorgungssicherheit im Gasbereich zu gewährleisten, ist ein inakzeptabler Zustand“. Die Entwicklungen der vergangenen Monate müssten mit Blick auf die politische Verantwortung für den Gasmarkt zu anderen Rahmenbedingungen führen. Habeck verwies auch auf eine gestiegene Krisenanfälligkeit. Deutschland müsse seine Abhängigkeit von Gas verringern. Für die Übergangszeit bei der Energiewende könne die Versorgungssicherheit auch durch den möglichen Bau eigener Terminals für das Flüssiggas LNG gesichert werden.

Bereits 2017 antwortete die Landesregierung unter Ministerpräsident Weil auf eine Anfrage aus der FDP-Fraktion: „LNG wird im Rahmen der nationalen Strategie zur Versorgungssicherheit mittelfristig eine größere Rolle spielen. Die Studie ‚LNG-Infrastruktur an der deutschen Nordseeküste unter Betrachtung besonders geeigneter Standorte‘, die das Land über sein Kompetenzzentrum GreenShipping Niedersachsen mit gefördert hat, beschreibt die wachsende Bedeutung von verflüssigtem Erdgas für den Erdgasmarkt als zukünftige Option für den Import von regenerativ erzeugtem Gas und als Treibstoff für Schiffe und den Schwerlastverkehr. Laut Studie könnte der Rückgang der heimischen Förderung sowie von Lieferungen aus angestammten Lieferländern bis 2028 in einer Erdgasversorgungslücke münden, die zu einer zunehmenden Monopolisierung durch die verbleibenden Lieferanten führt. Zudem bedürfe es einer (nord-)deutschen Gesamtstrategie, die den unterschiedlichen Einsatz- und Verwendungsmöglichkeiten von LNG Rechnung trägt.“ Die Landesregierung erklärte damals, dass sie auch eine zentrale Koordinierung für LNG-Projekte im maritimen Bereich beim Kompetenzzentrum GreenShipping Niedersachsen für sinnvoll halte. Dazu gehörten u. a. die Entwicklung und Sicherstellung der Finanzierung einer Realisierungsgesellschaft und die Vorbereitung einer Realisierungsstudie.

Vorarbeiten für eine LNG-Strategie des Landes wurden seitdem von der LNG-Agentur Niedersachsen geleistet, die Landesregierung hat diese Vorarbeiten bislang nicht zur Vorlage einer eigenen LNG-Strategie genutzt.

1. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen geo- und sicherheitspolitischen Lage und Entwicklung sowie geringer Füllstände in den Erdgasspeichern die mittel- und langfristige Versorgungssicherheit mit Erdgas für die privatwirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Endverbraucher in Niedersachsen?
2. Welche Strategie hat die Landesregierung unter Ministerpräsident Weil in den vergangenen Jahren für die Realisierung einer tragfähigen LNG-Infrastruktur und von LNG-Importterminals in Niedersachsen verfolgt, und welche Strategie wird sie nach der internen Anweisung zur Neuausrichtung auf das Thema LNG verfolgen?

3. Was wird die Landesregierung für die Diversifizierung von Energieimporten zur Reduzierung von Abhängigkeiten und das Füllen von Speicherkapazitäten zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit vor dem nächsten Winter unternehmen?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 21.02.2022)